

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 18.06.2013, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Genossenschaftsakademie Weser-Ems,
Oldenburger Straße 118, 26180 Rastede

Rastede, den 10.06.2013

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|--------------|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.03.2013 |
| TOP 4 | Feststellungsbeschluss - Verzicht Ratsmandat/Feststellung der Ersatzperson
Vorlage: 2013/091 Berichterstatter: Bürgermeister Dieter von Essen |
| TOP 5 | Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 2013/097 Berichterstatter: Bürgermeister Dieter von Essen |
| TOP 6 | Vertretung für den Ratsvorsitz
Vorlage: 2013/098 Berichterstatter: Bürgermeister Dieter von Essen |
| TOP 7 | Zuwendungen für den Geschäftsführungsaufwand der Fraktionen
Vorlage: 2013/081 Berichterstatter: Bürgermeister Dieter von Essen |
| TOP 8 | Bebauungsplan Nr. 98 - Hohe Looge
Vorlage: 2013/083 Berichterstatter: Hans-Dieter Röben |
| TOP 9 | 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 - Schafjückenweg
Vorlage: 2013/078 Berichterstatter: Hans-Dieter Röben |

- Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/091

freigegeben am 31.05.2013

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sabine Meyer

Datum: 31.05.2013

Feststellungsbeschluss - Verzicht Ratsmandat / Feststellung der Ersatzperson

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

18.06.2013

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt gemäß § 52 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) fest, dass Herr Michael Köver ordnungsgemäß seinen Mandatsverzicht auf der Grundlage des § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG erklärt hat und somit seine Mitgliedschaft im Rat endet.

Sach- und Rechtslage:

Herr Michael Köver hat seinen Mandatsverzicht schriftlich gegenüber dem Bürgermeister zum 18.06.2013 erklärt. Die Mitgliedschaft im Rat endet unter anderem durch Verzicht gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG; dieser ist dem Bürgermeister schriftlich zu erklären und kann nicht widerrufen werden. Die Verzichtserklärung ist somit formgerecht erfolgt.

Sofern eine Person aus dem Rat ausscheidet, regelt § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG), dass der Ratssitz nach Maßgabe des § 38 NKWG auf die nächste Ersatzperson übergeht. Herr Michael Köver wurde durch Listenwahl gewählt. Gemäß § 38 Abs. 3 NKWG sind Ersatzpersonen für die durch Listenwahl gewählten Bewerberinnen und Bewerber alle nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlages in der im Wahlvorschlag angegebenen Reihenfolge.

Der Niederschrift über die Sitzung des Gemeindevwahlausschusses zur Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses kann entnommen werden, dass Herr Michael Terhaag aufgrund seines Listenplatzes „Nachrücker“ ist. Herr Terhaag hat zwischenzeitlich seinen Wohnsitz außerhalb der Gemeinde Rastede verlegt und damit die Wählbarkeit verloren. Hierdurch ist er gemäß § 45 Abs. 3 NKWG als Ersatzperson ausgeschieden.

Der vorgenannten Niederschrift ist zu entnehmen, dass sodann Herr Eckhard Roese, Königsberger Str. 14, 26180 Rastede, „Nachrücker“ ist.

Die Mitgliedschaft von Herrn Roesen im Rat beginnt gem. § 51 NKomVG frühestens mit dem Feststellungsbeschluss über den Sitzverlust von Herrn Köver.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/097

freigegeben am 05.06.2013

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Ralf Kobbe

Datum: 05.06.2013

Umbesetzung von Ausschüssen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	18.06.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

- Frau Sabine Eyting wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss als stv. Ausschussvorsitzende entsandt.
- Herr Eckhard Roesse wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss entsandt.
- Frau Inge Langhorst wird als Ersatz für Frau Sabine Eyting in den Schulausschuss entsandt.
- Herr Eckhard Roesse wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Schulausschuss entsandt.
- Herr Eckhard Roesse wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Feuerschutzausschuss entsandt.

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 31.05.2013 hat Herr Michael Köver seinen Verzicht auf die Mitgliedschaft im Rat der Gemeinde Rastede zum 18.06.2013 erklärt.

Aus dieser Verzichtserklärung heraus ergibt sich die Notwendigkeit der Ausschussumbesetzung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gegenüber dem Bürgermeister erklärt, dass die Umbesetzung wie folgt vorgenommen werden soll.

a) Finanz- und Wirtschaftsausschuss (stv. Ausschussvorsitz):

Frau Sabine Eyting wird Herrn Michael Köver ersetzen;

b) Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss:

Herr Eckhard Roesse wird Herrn Michael Köver ersetzen;

c) Schulausschuss:

Frau Inge Langhorst wird Frau Sabine Eyting ersetzen,
Herr Eckhard Roesse wird Herrn Michael Köver ersetzen;

d) Feuerschutzausschuss:

Herr Eckhard Roesse wird Herrn Michael Köver ersetzen.

Es handelt sich bei diesem Vorgang um einen sogenannten innerorganisatorischen Akt, der keiner Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss bedarf.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/098

freigegeben am 05.06.2013

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Ralf Kobbe

Datum: 05.06.2013

Vertretung für den Ratsvorsitz

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

18.06.2013

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Zum / Zur zweiten stellvertretenden Ratsvorsitzenden wird Herr / Frau bestimmt.

Sach- und Rechtslage:

In der konstituierenden Ratssitzung am 09.11.2011 wurde vom Rat der Gemeinde Rastede bestimmt, dass der Ratsvorsitzende zwei Vertretungen erhält. Die Vertretung des Ratsvorsitzenden wurde seinerzeit mit einfacher Mehrheit in einer Abstimmung beschlossen. Zum ersten Vertreter des Ratsvorsitzenden wurde Ratsherr Dieter Güttler bestimmt; zweiter Vertreter war bis zuletzt Ratsherr Michael Köver.

Mit Schreiben vom 31.05.2013 hat Herr Michael Köver seinen Verzicht auf die Mitgliedschaft im Rat der Gemeinde Rastede zum 18.06.2013 erklärt.

Aus dieser Verzichtserklärung heraus ergibt sich die Notwendigkeit der Neubesetzung des zweiten Vertreters.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/081

freigegeben am 23.05.2013

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Matthias Wolf

Datum: 23.05.2013

Zuwendungen für den Geschäftsführungsaufwand der Fraktionen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	18.06.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	18.06.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Rastede über den Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen vom 25.03.2003 wird gemäß der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Das Bundesverwaltungsgericht hat kürzlich geurteilt, dass kommunale Zuwendungen zum sächlichen und personellen Geschäftsführungsaufwand der Fraktionen / Gruppen mit dem grundgesetzlichen Gleichbehandlungsgebot kollidieren, sofern sich die Bemessung der Zahlungsgrößen - bezogen auf den personellen Zuwendungsanteil - einzig an der reinen Mitgliederstärke einer Fraktion / Gruppe orientiert.

Eine diese Bezugsgröße aufgreifende Regelung ist in § 14 der derzeitigen Entschädigungssatzung der Gemeinde Rastede enthalten (13,-- EUR je Fraktionsmitglied / mtl.), sodass mit Blick auf die aktualisierte Urteilslage eine entsprechende rechtsprechungskonforme Anpassung der Satzungsregelung geboten ist.

Das Bundesverwaltungsgericht hat insoweit die Feststellung getroffen, dass tendenziell kleinere Fraktionen durch eine nach "Kopfzahlen" bemessende Entschädigung dahingehend benachteiligt werden, als dass jeder Fraktion ein fixer Sach-/Personalkostenaufwand entsteht, ohne dass dieser kausal mit der Mitgliedsstärke in Verbindung gebracht werden kann. Eine ausschließlich nach der Mitgliedsstärke bemessende Fraktionskostenpauschale würde diesen Umstand nicht hinreichend berücksichtigen. Mithin müsste eine verfassungskonforme Regelung einen gewissen fraktionsgrößenunabhängigen Sockelbetrag vorsehen, der jeder Fraktion in gleicher Höhe zustehen muss. Ein darüber hinaus gehender variabler Pauschalanteil dürfe sich auch weiterhin an der Fraktionsstärke orientieren.

Alternativ, so das Bundesverwaltungsgericht, käme hier auch ein degressiv-proportionales Verteilungsverfahren in Betracht. Ein derartiges Verfahren würde beispielsweise die ersten vier bis fünf Mitglieder stärker gewichten als die zweiten (vier oder fünf), und diese wiederum stärker als die dritten (vier oder fünf Mitglieder).

Das Bundesverwaltungsgericht führt in seiner Urteilsbegründung weiterhin aus, dass 75% des personellen Aufwandsanteils gemessen an den Gesamtzuswendungen den rechtlichen Erfordernissen genügt. Gleichwohl wird betont, dass den jeweiligen Satzungsgebern hier ein besonderer auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse Bezug nehmender Ermessensspielraum einzuräumen ist. In Anbetracht des Umstandes, dass die bislang eingereichten Verwendungsnachweise keine Gehaltsbestandteile berücksichtigen, dürfte insoweit auch für die im Rat der Gemeinde Rastede vertretenen Fraktionen / Gruppen ein entsprechend großer Ermessensspielraum bestehen.

Mit Verweis auf die dieser Beschlussvorlage beigefügte Beispielberechnung wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, aus Transparenzgründen ein Kombinationsmodell zu wählen, das einen fraktions-/gruppengrößenunabhängigen, fixen Sockelbetrag vorsieht und einen weiterhin an der Mitgliederstärke einer Fraktion / Gruppe orientierten variablen Anteil. Der dem Berechnungsbeispiel zugrunde liegende Sockelbetrag dürfte mit einem Anteil von nahezu 40% gemessen an den Gesamtzuswendungen eine hinreichende Interessensquote für den Fixkostenaufwand aller Fraktionen / Gruppen abbilden, zumal in der Gesamtbetrachtung finanzielle Einbußen vermieden werden.

Gegenüber einem degressiv-proportionalen Verteilungsmodell dürfte sich diese Variante bereits auch deshalb empfehlen, weil sich der Bemessungsmaßstab gegenüber ersterer Verteilungsgröße als verlässlichere Planungsgröße erweist.

Finanzielle Auswirkungen:

Da die haushaltsmäßigen Auswirkungen einer Nachhineinbetrachtung - nach Auswertung der Verwendungsnachweise - folgen, sind diese gegenwärtig nicht hinreichend prognostizierbar.

Anlagen:

1. Berechnungsübersicht
2. Entwurf der 4. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rastede über den Ersatz von Auslagen und Verdienstausschlag sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen vom 25.03.2003

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/083

freigegeben am 27.05.2013

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 27.05.2013

Bebauungsplan Nr. 98 - Hohe Looge

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.06.2013	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	18.06.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	18.06.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 11.06.2013 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 98 mit Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 14.05.2013 die erneute verkürzte öffentliche Auslegung und die erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2013/052). Die erneute Auslegung wurde aufgrund nochmaliger Änderungen des schalltechnischen Gutachtens und daraus resultierenden Änderungen der Lärmkontingentierung im Bebauungsplan notwendig.

Die erneute öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden noch bis einschließlich 07.06.2013 durchgeführt, sodass die Anlagen zu dieser Vorlage zur Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 11.06.2013 kurzfristig nachgereicht werden.

Hinweis: Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen eingegangenen Stellungnahmen werden hiermit insgesamt berücksichtigt und abgewogen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Bplan Nr. 98 - Planzeichnung
2. Bplan N. 98 - Begründung u. Umweltbericht
3. Bestandsplan Natur und Landschaft
4. Abwägung zweite Auslegung
5. Abwägung dritte Auslegung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/078

freigegeben am 23.05.2013

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 23.05.2013

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 - Schafjückenweg

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.06.2013	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	18.06.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	18.06.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 11.06.2013 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 – Schafjückenweg mit örtlicher Bauvorschrift, Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 09.04.2013 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2013/035A).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 19.04.2013 bis 21.05.2013 statt.

Die im Rahmen der Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen sind dem Abwägungsvorschlag zu entnehmen.

Im Zuge der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden keine Hinweise oder Anregungen zu den Inhalten der Bauleitplanung abgegeben. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gingen keine Stellungnahmen ein.

Veränderungen im Planinhalt wurden gegenüber dem Entwurf nicht vorgenommen, sodass nun der Satzungsbeschluss gefasst werden kann. Mit der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 – Schafjückenweg wird die zulässige Höhe baulicher Anlagen von 12 m auf 22 m geändert und Einzelhandelsbetriebe mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten von der Zulässigkeit ebenso ausgenommen wie Wohnungen für Betriebsinhaber, Betriebsleiter, Aufsichts- und Bereitschaftspersonen. Zudem wird eine örtliche Bauvorschrift zur Fassadengestaltung erlassen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Textliche Festsetzungen mit Begründung und Umweltbericht
2. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/079

freigegeben am 23.05.2013

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 23.05.2013

Bebauungsplan Nr. 93 B - Südlich Schloßpark II

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	11.06.2013	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	18.06.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	18.06.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 11.06.2013 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 93 B – Südlich Schloßpark II mit Begründung und Umweltbericht sowie örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 09.04.2013 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2013/034).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 19.04.2013 bis 21.05.2013 statt.

Die im Rahmen der Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen sind dem Abwägungsvorschlag zu entnehmen.

Seitens der Träger öffentlicher Belange gingen überwiegend Stellungnahmen ohne Anregungen und Bedenken ein. Hinweise wurden zur verkehrlichen Erschließung und zur wasserrechtlichen Genehmigung gegeben. Stellungnahmen aus dem Kreis der Öffentlichkeit gingen nicht ein.

Veränderungen im Planinhalt wurden gegenüber dem Vorentwurf nicht vorgenommen, sodass nun der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht mit Anlagen
4. Abwägungsvorschläge

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2013/080

freigegeben am 23.05.2013

Stab

Sachbearbeiter/in: Segebade

Datum: 23.05.2013

Haushalt 2013 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	18.06.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	18.06.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 €

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit dem 01.01.2013 bisher angefallenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils über 5.000 € aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushaltsjahr 2013 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge, Minderauszahlungen oder Mehreinzahlungen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben seit dem 01.01.2013 in Höhe von jeweils über 5.000 €